

Arbeitsvermittlung und Volkswirtschaft.

Notstandsbauten.

Innerhalb der Regierung wird über die Möglichkeit umfassender Notstandsbauten beraten. Es ist da, wie offiziell mitgeteilt wird, „vor allem erörtert worden, ob nicht zeitweise auf dem Gebiet des staatlichen Bauwesens von gewissen, sonst üblichen Kautelen zu Gunsten der Unternehmer Umgang genommen und auf diese Weise die Ersetzung von Bauten in finanzieller Hinsicht erleichtert werden könnte“. Was die eigentlichen Notstandsbauten betrifft, denkt man zunächst an solche Arbeiten, „bei denen eine größere Zahl von jeder besonderen speziellen Qualifikation entbehrenden Arbeitern verwendet werden kann, demnach vor allem Erdarbeiten der verschiedensten Art, wie sie bei Eisenbahn-, Straßen-, Kanalisierungs-, Flussregulierungs- und anderen Wasserbauten mannigfach vorkommen. In zweiter Linie kämen Hochbauten des Staates oder staatlich verwalteter Fonds, wie Amtsgebäude, Schulen, Spitäler, Kasernen, Bahnhöfe und dergleichen, in Betracht. Wenn Mittel vorhanden, könnten dann auch andere staatliche oder öffentliche Unternehmungen Betriebe und dergleichen, sofern damit einer größeren Anzahl von Erwerbslosen Arbeit und Verdienst geboten werden kann, in die Aktion einbezogen werden. Zunächst wird sich die Aktion des Staates „auf solche staatliche Arbeiten beziehen müssen, für welche im Staatsvoranschlag die Mittel bereits in Anspruch genommen sind; Arbeiten, für welche die Bedeckung noch nicht sichergestellt ist, werden ausnahmsweise nur in dem Falle ins Auge gefaßt werden können, als sie die ganz besondere Notlage eines bestimmten Gebietes unbedingt erfordert“. Die Konferenz der Minister hat sich auch bereits mit der in Wien und Niederösterreich „zu Tage tretenden Arbeitslosigkeit eingehend beschäftigt. Das Material für hier in Betracht kommende Aktionen wurde gesichtet und eine programmatische Richtlinien festgestellt.“

Die Mitteilung schließt mit der Versicherung, daß „zur Durchführung des festgestellten Programms die erforderlichen Maßnahmen bereits in die Wege geleitet werden“. Zu wünschen wäre es.

Gemeindelieferungen mit oder ohne Arbeiterentlassungen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat dem Magistratsdirektor Dr. Weiß schreiben lassen: „Im Stadtrat ist angeregt worden, daß die Unternehmungen, denen Arbeiten und Lieferungen der Gemeinde Wien übertragen werden, sich dafür verpflichten mögen, ihre Angestellten nicht zu entlassen. Ich beauftrage Sie, mir zu berichten, ob eine solche Einwirkung der Gemeinde auf die Unternehmungen zu empfehlen wäre und welche Änderungen zu diesem Zwecke an den Bedingungen vorgenommen werden sollen.“ — Daß die Gemeinde allen ihren Einfluß aufzuwenden hat, alle vermeidbaren Arbeiterentlassungen zu verhindern, sollte doch für den Bürgermeister keine Frage mehr sein.

Massenentlassungen bei der Post.

Während gestern der Minister des Innern einen Erlass zur Unterstützung der Arbeitslosen an die Landesstellen richtete und das Handelsministerium an das patriotische Gefühl der Industriellen appelliert, die Betriebe nicht einzuschränken, beginnen

einzelne Staatsbetriebe, diesen allgemeinen Bestrebungen entgegen, Leute zu entlassen und brotlos zu machen. Wir haben gestern über einen derartigen Mißgriff der Heizhausleitung in Saalfelden berichtet und nun wird uns eine Maßregel der niederösterreichischen Postdirektion bekannt, die Erbitterung und Erregung unter den Beteiligten hervorruft und wie ein Hohn auf die staatlicherseits angeregte Angestelltenfürsorge klingt. Bei hundert Postaspiranten hat die Wiener Postdirektion vor einigen Tagen entlassen und weitere vierhundert sollen in Kürze folgen, so daß fünfhundert Postangestellte in Wien brotlos werden. Natürlich sind unter diesen Entlassenen viele, die Angehörige im Felde stehen haben und denen bisher die Sorge um den Unterhalt der Familien oblag. Wenn auch durch die Verkehrseinschränkung die Beschäftigung bei der Post eine geringere geworden ist, so sind diese Entlassungen dennoch nicht gerechtfertigt. Denn hervorgerufen wurde der Ueberfluß an Personal durch Rückberufung aller beurlaubten Angestellten zum Dienste, unter denen sich auch jene Kranken befinden, denen die Postdirektion zur Herstellung ihrer Gesundheit mehrere Wochen Urlaub bewilligte. Diese Kranken Leute müssen nun Dienst machen und die überzähligen Aspiranten werden zu Hunderten entlassen. Das Handelsministerium sollte sich denn doch rasch besinnen, daß es mit gutem Beispiel voranzugehen und Entlassungen in der jetzigen Zeit zu vermeiden hat.

Schaffet Arbeit für Frauen!

Der Verein der Heim- und Hausarbeiterinnen ersucht alle Parteigenossen und Freunde, bei Vergebung von Hausarbeiten, wie Waschen, Bügeln, Wohnungsreinigen sowie Näharbeiten sich seiner Arbeitsvermittlung, VI. Schmalzhofgasse Nr. 20, Telephon 11568, zu bedienen. Die gegenwärtigen so überaus ersten Zeiten zwingen eine außergewöhnliche Zahl von Arbeiterfrauen, sich um Hausarbeiten zu bemühen, um ihre Kinder mindestens zur Not vor Hunger schützen zu können. Es bewerben sich demnach beim Verein viele Frauen um derartige Arbeit und die Vereinsleitung hofft, daß ihr Appell an die Genossen und Genossinnen nicht ungehört bleiben werde.